

BASLER ABRISSKALENDER

Und wieder fällt ein Haus

Trotz Wohnraumfördergesetz wird in Basel lebenswerter und kostengünstiger Wohnraum vernichtet. In einem Abrisskalender sind jetzt die Geschichten einiger Häuser und ihrer BewohnerInnen versammelt. Nicht alle wollen sich mit dem Abriss abfinden.

VON STEFANIE MÜLLER-FRANK

Auch wer täglich über den Cityring zum Bahnhof Basel SBB fährt, hat die schicke Häuserzeile am Steinengraben vielleicht noch nie bemerkt: zu viel Verkehr, zu grau die Fassaden, zu unwirtlich der Ort. So verpasst man den wunderschönen Gemeinschaftsgarten hinter den Häusern ebenso wie das Birnen-Nussbaum-Parkett oder den prachtvollen Kachelofen. Herrschaftlicher liesse sich kaum wohnen. Auch wenn ein unbeheiztes WC nicht mehr dem heutigen Komfort entspricht. Trotzdem will die Eigentümerin, die Helvetia-Versicherungen, die Häuser am Steinengraben abreißen und durch einen Bürokomplex ersetzen.

Was verwundert, ist Wohnraum in Basel doch knapp, während rund 100 000 Quadratmeter Büro- und Gewerbeflächen leer stehen. Und hatten die BaslerInnen nicht für ein neues Wohnraumfördergesetz gestimmt, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken? Tatsächlich ist das neue Gesetz seit 1. Juli 2014 in Kraft – und trägt dazu bei, dass ein Abriss heute viel leichter umzusetzen ist als mit dem alten Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnraum (GAZW). Zwar ist der Abriss von Wohnhäusern im Grundsatz noch immer genehmigungspflichtig, er muss aber zwingend genehmigt werden, wenn dafür im Gegenzug mehr Wohnfläche geschaffen wird. Wie aber berechnet man das? Und wem steht der neu geschaffene Wohnraum dann zur Verfügung? Bislang kam es vor Gericht noch zu keinem Prä-

zedenzfall. Was vermutlich auch daran liegt, dass sich viele BewohnerInnen kein Verfahren leisten können – und ausziehen, sobald das Baupublikationsschild am Haus angebracht wurde.

Bedrohte Gemeinschaft

Immer wieder endet so die Geschichte eines Hauses und der mit ihm verknüpften Lebenszusammenhänge mit dem Abriss. Fallen die Fassaden, sind auch die Gemeinschaften und Projekte, die sich hinter ihnen entwickeln konnten, bedroht. So entstand beim Basler Mietshäuser-Syndikat – Plattform und Genossenschaft zugleich – die Idee, sie in einem Kalender zu versammeln. Der 28-jährige Joël Pregger, der soziokulturelle Animation studiert, hat den Kalender konzipiert und umgesetzt. «So konnte ich mir das Format selbst ausdenken.»

Der Kalender porträtiert jeden Monat eine neue Gruppe von Menschen und ihre Lebensräume – ob Wohnungen, Werkstätten, Innenhöfe oder umgenutzte Ladenlokale. Sogar ein Hausboot ist mit dabei. Die Fassaden sind als Architekturzeichnungen auf Transparentpapier festgehalten, zum Abreißen fast zu schade. Den Anfang macht ein Imbisshäuschen, in dem eine Gruppe junger Leute seit über einem Jahr einen kostenlosen Mittagstisch anbietet. Wie man das Projekt unterstützen kann, auch diese Infos bietet der Kalender. «Mir war es wichtig, die einzelnen Projekte untereinan-



Und diese Idylle soll verschwinden? Hinterhof am Basler Steinengraben. FOTO: PHILIPP WEIDAUER

der zu vernetzen und Leute zu ermutigen, sich für den Erhalt der Häuser zu engagieren», sagt Joël Pregger. Denn alle zwölf eint, dass sie in ihrer Existenz bedroht sind – sei es durch einen spekulativen Verkauf, durch hohe bürokratische Hürden, eine geplante Totalsanierung oder den Komplettabbruch wie zum Beispiel am Steinengraben.

Garagen als Wohnfläche?

Dort argumentieren die Helvetia-Versicherungen in ihrem Baugesuch, dass mit dem Neubau ebenso viel neuer Wohnraum entstehe. Hatte man ursprünglich Lofts auf den Bürokomplex bauen wollen, sind jetzt Wohnungen auf jeder Etage geplant. Der Garten mit seinen über hundert Jahre alten Bäumen soll durch eine Neubepflanzung zwischen Tiefgarage und Liftschächten aufgewertet werden. Ein Abriss müsste demnach fast zwingend genehmigt werden, heisst es doch im Gesetz: «Mindestens gleich viel Wohnraum entsteht, wenn die Nettogeschossfläche des Neubaus gleich oder grösser ist als diejenige des abzureissenden Gebäudes.» Von der Anzahl der BewohnerInnen ist im Gesetz nicht die Rede. Der Basler Mieterinnen- und Mieterverband vermutet zudem, dass in die Rechnung für das Baugesuch auch Garagen, Liftzugänge und Treppenhäuser als Wohnfläche einbezogen wurden. Weiter sind die geplanten Wohnungen eher gehobenen

Standards, kompensieren also kaum jenen Wohnraum, den sich die heutigen BewohnerInnen am Steinengraben leisten können.

25 Menschen sind es, die in den vier Häusern wohnen: Studenten, Handwerkerinnen, Lehrer, Freischaffende, ein Musikproduzent, eine alleinerziehende Mutter mit Kind. Viele von ihnen sind auf einen niedrigen Mietzins angewiesen. Jedes Haus organisiert seinen Alltag unabhängig von den anderen, gemeinsam engagieren sie sich für den Erhalt der Häuser: jede Woche Sitzung, verteilte Aufgabenbereiche, eine Website, Unterschriftenaktionen. Im August 2015 haben sie bereits die zweite Einsprache gegen das veränderte Bauvorhaben der Helvetia-Versicherungen eingereicht, nachdem die erste Baueingabe von der Eigentümerin zurückgezogen worden war. Seitdem wartet man am Steinengraben auf eine Antwort des Baudepartements. Sollten die Behörden die Einsprache abweisen, müssten die BewohnerInnen innerhalb von zwei Monaten ausziehen – oder Rekurs gegen den Entscheid beim Zivilgericht einlegen. Dann entscheiden die RichterInnen darüber, ob das revidierte Wohnraumfördergesetz den Abriss von günstigem Wohnraum fördern wird. Oder nicht.

Druckkollektiv Phönix: «Abrisskalender». 20 Franken. www.phoenixdruck.ch oder abrissskalender@gmail.com (plus 5 Franken für den Versand). Mietshäuser-Syndikat: syndikat@viavia.ch

CARBON BUBBLE

Langsamer Klimawandel bei den Pensionskassen

Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz warnt vor einer neuen globalen Krise. Unternehmen, die den Klimawandel befeuern, drohen massive Verluste. Doch die meisten Schweizer Pensionskassen investieren munter weiter in Firmen wie Shell und BP.

VON DANIEL STERN

«Wir wissen nicht, ob es eine Carbon Bubble gibt», sagt Andi Hoppler, Anlagechef der Pensionskasse der Stadt Zürich. Die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) hat rund 700 Millionen Franken oder 4,5 Prozent ihres Kapitals in Aktien und Obligationen von Firmen wie Shell, Exxon Mobil und BP investiert. Ein Investment, das laut Hoppler nicht risikoreicher ist als andere. Umweltorganisationen fordern aus ökologischen Gründen seit längerem institutionelle Anleger wie Pensionskassen auf, ihre Beteiligungen an klimaschädigenden Firmen aufzugeben. Doch Hoppler will diese Firmen nicht auf die schwarze Liste setzen. «Ansetzen muss man beim Verbrauch, nicht bei der Produktion.» Die PKZH überlege sich, ihre Investitionen in die fossile Industrie mit Direktzahlungen etwa an Aufforstungsprojekte abzugelten. Beschlossen sei aber noch nichts.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Bundesamts für Umwelt unterstützt der Finanzplatz Schweiz mit seinen Anlagen «ein Klimawandelszenario von 4 bis 6 Grad Celsius». Von den 850 Milliarden Franken, die Schweizer Pensionskassen verwalten, dürften hochgerechnet gegen 40 Milliarden direkt in Firmen aus dem Öl-, Gas- und Kohlegeschäft stecken. Weitere Milliarden sind in Unternehmen investiert, die die fossile Industrie stark stützen, etwa bestimmte Banken und Zulieferbetriebe.

Das ist nicht nur ökologisch höchst bedenklich, sondern könnte sich auch ökonomisch katastrophal für die Pensionskassen auswirken – eben wegen der ominösen «Car-

bon Bubble»: Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz rät FondsmanagerInnen dringend, ihre Gelder aus allen Unternehmen zurückzuziehen, die mit fossiler Energie geschäften. Spätestens nach der Klimakonferenz in Paris müsse klar geworden sein, dass die Öl-, Gas- und Kohlefirmen längst nicht alle bekannten Vorkommen werden ausbeuten können. Das führe unweigerlich zu hohen Abschreibungen. «Der Markt hat das nur noch nicht realisiert.» Stiglitz glaubt, dass der Wert der betroffenen Unternehmen dramatisch einbrechen könnte. «Das kann plötzlich sehr schnell gehen.»

Die derzeitigen Unternehmensmeldungen bestätigen diese Prognose: Der Ölpreis ist so tief, dass viele Firmen nur mit Verlusten Öl fördern können. Die Ratingagenturen und die Finanzpresse warnten in den letzten Wochen vor grossen Zahlungsausfällen. BP etwa machte 2015 sechs Milliarden US-Dollar Verlust, den höchsten seit zwanzig Jahren. Die Weltbank prognostiziert auch für 2016 einen tiefen Ölpreis und befürchtet deshalb langfristige Konsequenzen.

Gemeinderat in Zürich wird aktiv

Im Fall der PKZH fordern die beiden Gemeinderäte Markus Knauss (Grüne) und Marco Denoth (SP) jetzt eine Richtungsänderung. In

einem Postulat, das Anfang Jahr eingereicht wurde, verlangen sie vom Stadtrat, dass dieser seinen Einfluss geltend macht, damit künftig Anlagen in fossile und atomare Energien ausgeschlossen sind. Denn die Stadt sei gemäss Gemeindeordnung verpflichtet, den Anteil der Kohlendioxidemissionen «massiv zu reduzieren» sowie aus der Atomenergie «gänzlich» auszusteigen.

Die Stadtregierung hat sich inzwischen bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen; die FDP hat jedoch umgehend einen Ablehnungsantrag gestellt. Markus Knauss freut: «Es hilft der Sache, wenn es darüber eine öffentliche Debatte gibt.»

Bei der Pensionskasse der Bundesbeschäftigten (Publica) wird gegenwärtig ebenfalls über einen Ausstieg diskutiert. Noch in diesem Monat will der Anlageausschuss einen Entscheid fällen. Die Publica legt bislang rund vier Prozent ihrer Anlagen, rund 1,5 Milliarden Franken, in der fossilen Industrie an. Darüber hinaus hat sie 2015 in ihrem «offenen Vorsorgewerk» – das sie für diejenigen betreibt, die noch nicht pensioniert sind – zwei Prozent ihres Vermögens in fossile Energierohstoffe investiert. Sie hat Rohöl, Benzin und Diesel auf einen späteren Zeitpunkt hin gekauft, nur um die gekaufte Menge dann vor Lieferung wieder zu verkaufen. Das ist ein klassisches Spekulationsgeschäft, bei dem man auf steigende Prei-

se setzt. Weil aber die Preise massiv sanken, verlor die Publica 2015 damit 21 Prozent des investierten Kapitals.

Die Publica engagiert sich auch im neu gegründeten Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK). Zusammen mit den Pensionskassen von SBB, Post, Suva, Swisscom und des Kantons Zürich sowie dem Ausgleichsfonds der AHV will sie «problematische Unternehmen» identifizieren, bei denen sie Anlagen hält, und diese wenn nötig auf eine Ausschlussliste setzen.

23 000 E-Mails

Für einen Umdenkprozess bei den Pensionskassen engagiert sich auch die Umweltgruppe Fossil Free, die von der Klimaallianz – einem Zusammenschluss von Umweltorganisationen, Hilfswerken, Parteien und Gewerkschaften – unterstützt wird. Auf der Website www.fossil-free.ch können institutionelle Anleger direkt angemahlt und zum Divestment aufgefordert werden. Über 23 000 E-Mails wurden bereits verschickt. Kampagnenleiter Christian Lüthi will nun die Adressen aller Pensionskassen der Schweiz in die Website integrieren. Ein Ziel ist es dabei, Versicherte der gleichen Pensionskasse zu vernetzen, damit sie gemeinsam Druck aufbauen können.

Andi Hoppler von der Pensionskasse der Stadt Zürich wird in nächster Zeit wohl noch öfter über ökologisches Wirtschaften und die Carbon Bubble reden müssen.